

Große Summen, offene Fragen: Der deutsche Verteidigungshaushalt 2027

Johannes Binder, Antonia Döring

Nr. 216, ISSN 2944-0785
Kiel Institut für Weltwirtschaft

	Überblick	3
1	Der Entwurf für den Verteidigungshaushalt 2027 im Kontext	5
2	Militärische Beschaffung	8
	2.1 Der am stärksten wachsende Ausgabenposten	8
	2.2 Die größten Beschaffungstitel	8
3	Ausgaben für Forschung und Entwicklung	10
4	Fazit	13
	Literatur	14

Überblick

- Die deutschen Verteidigungsausgaben haben sich zwischen 2022 und 2027 mehr als verdoppelt und erreichen mit rund 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ein sehr hohes, historisch jedoch keineswegs beispielloses Niveau. Dieser Aufwuchs kann sowohl für die Sicherheit als auch für die Wirtschaft wichtige Impulse setzen.
- Im Haushaltsentwurf 2027 verschiebt sich das Gewicht innerhalb der Verteidigungsausgaben deutlich zugunsten der militärischen Beschaffung, deren Anteil an den Gesamtausgaben auf über 40 Prozent (2027) steigt.
- Unter den größten Beschaffungstiteln (rund 50 Mrd. Euro, etwa 83 Prozent des gesamten Beschaffungsvolumens) dominieren weiterhin etablierte Waffensysteme, Munition und Feldzeugmaterial; neue Technologien wie Drohnen, unbemannte oder autonome Systeme spielen eine untergeordnete Rolle. Bei strategischen Fähigkeiten wie der Satellitenkommunikation setzt Deutschland eher auf nationale statt europäisch gebündelte Lösungen.
- Forschung und Entwicklung sind zentral sowohl für militärische Fähigkeiten als auch für wirtschaftliches Wachstum, verharren im Haushaltsentwurf 2027 aber auf niedrigem Niveau: Ihr Anteil an den Verteidigungsausgaben liegt trotz nominal steigender Summen unverändert bei 3 bis 4 Prozent.

Schlüsselwörter: Verteidigungshaushalt, Militärische Beschaffung, Forschung und Entwicklung, Deutschland

JEL-Klassifikation: H56, H57, H61, O38

Autoren

Johannes Binder
Kiel Institut

Johannes.binder@kielinstitut.de

Antonia Döring
Kiel Institut

Antonia.doering@kielinstitut.de

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren, nicht beim Institut. Etwaige Kommentare sollten direkt an den entsprechenden Autor gerichtet werden.

Große Summen, offene Fragen:

Der deutsche Verteidigungshaushalt 2027

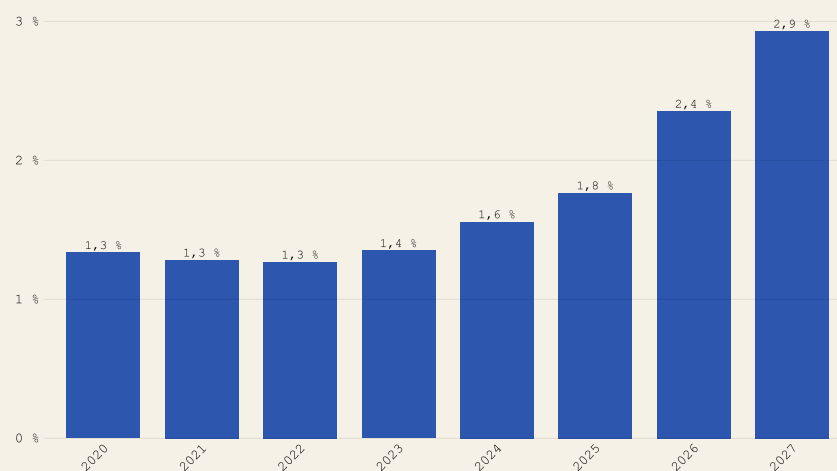
Am Mittwoch, den 9. September 2026, berät der Deutsche Bundestag den Entwurf des Verteidigungshaushalts 2027. Mit rund 140 Mrd. Euro aus Einzelplan 14 (dem Haushalt des Bundesministeriums der Verteidigung) und dem Sondervermögen Bundeswehr steht für die Verteidigung so viel Geld zur Verfügung wie nie zuvor, nachdem das Sondervermögen und die Bereichsausnahme von der Schuldenbremse finanzielle Mittel in historisch großem Umfang verfügbar gemacht haben.

Richtig eingesetzt, können Verteidigungsausgaben dieser Größenordnung sowohl einen spürbaren Wachstums- und Innovationsimpuls setzen (Ilzetzkki, [2025](#)) als auch die Verteidigungsfähigkeit Europas stärken. Doch beide Effekte sind an Bedingungen geknüpft: Wird das Geld schlecht ausgegeben, stärkt es weder die Wirtschaft noch erhöht es automatisch die Sicherheit. Entscheidend ist daher, dass es klug in tatsächliche militärische Verteidigungsfähigkeit umgesetzt wird (Schularick und Binder, [2026](#)).

1 Der Entwurf für den Verteidigungshaushalt 2027 im Kontext

Der Haushaltsentwurf 2027 markiert einen weiteren Meilenstein des massiven Anstiegs der deutschen Verteidigungsausgaben. Nach mehr als zwei Jahrzehnten, in denen Deutschland von der Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges profitiert hat und Verteidigungsausgaben entsprechend nachrangig behandelt hat, vollzieht sich nun innerhalb weniger Jahre eine grundlegende fiskalische Kehrtwende. Zwischen 2022 und 2027 haben sich die Verteidigungsausgaben mehr als verdoppelt. Allein gegenüber 2026 steigen die für den Verteidigungshaushalt einschließlich des Sondervermögens Bundeswehr vorgesehenen Mittel von rund 108 Mrd. Euro auf knapp 140 Mrd. Euro – ein Zuwachs von rund 32 Mrd. Euro beziehungsweise 29 Prozent innerhalb nur eines Jahres. Damit erreichen die Verteidigungsausgaben 2027 rund 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und eine Größenordnung, die Deutschland seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr erreicht hat (Abbildung 1).

Abbildung 1: Verteidigungsausgaben als Anteil am Bruttoinlandsprodukt, 2020–2027

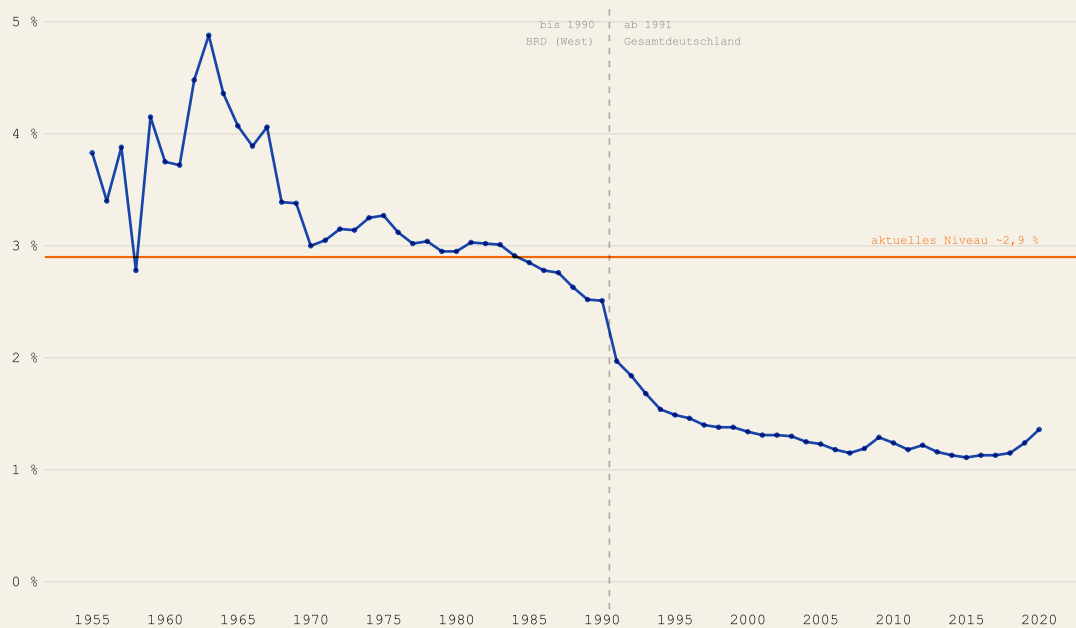


Anmerkung: IST: 2022–2025; SOLL: 2026/2027. Verteidigungsausgaben (Einzelplan 14 und Sondervermögen Bundeswehr) als Anteil am nominalen BIP. Quelle: EP14 +SV: Eigene Berechnungen auf Basis der Haushaltsdaten; BIP nominal: BMF Monatsbericht Aug. 2026.

Allerdings ist ein Anteil von rund 3 Prozent des BIP im historischen Vergleich kein Novum (Abbildung 2): In der alten Bundesrepublik lag der Verteidigungsanteil am BIP von den 1950er- bis in die 1980er-Jahre meist zwischen 3 und 5 Prozent, mit einem Höchststand von knapp 5 Prozent Anfang der 1960er-Jahre. Erreicht wurde dieses Niveau im Kalten Krieg als Reaktion auf eine reale, aber überwiegend abstrakte Bedrohung durch die Sowjetunion, ohne dass Deutschland oder ein anderes

europäisches Land tatsächlich Ziel eines offenen Angriffskriegs war. Nach der Wiedervereinigung sank der Anteil im vereinten Deutschland kontinuierlich und erreichte in den 2000er- und 2010er-Jahren mit rund 1,1 bis 1,5 Prozent seinen langfristigen Tiefpunkt. Die gegenwärtigen Verteidigungsausgaben in Höhe von 2,9 Prozent des BIP bewegen sich somit trotz der aktuellen Bedrohungslage noch unter den historischen Höchstständen der Bundesrepublik.

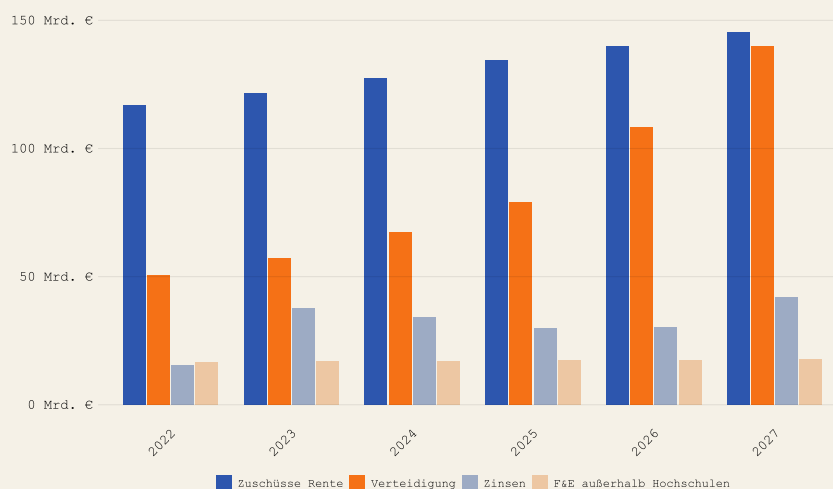
Abbildung 2: Verteidigungsausgaben als Anteil am Bruttoinlandsprodukt, 1955–2020



Anmerkung: Bis 1990 alte Bundesrepublik (BRD West), ab 1991 vereintes Deutschland. Die horizontale Linie markiert das aktuelle Niveau von rund 2,9 Prozent laut Haushaltsentwurf 2027. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Stockholm International Peace Research Institute (2025).

Der kräftige Zuwachs des Verteidigungsetats zeigt sich auch im Vergleich zu anderen großen Haushaltsposten (Abbildung 3): Während die Zuschüsse zur Rentenversicherung zwischen 2022 und 2027 nur moderat von rund 115 auf 145 Mrd. Euro steigen, wachsen die Verteidigungsausgaben im selben Zeitraum von rund 50 auf rund 140 Mrd. Euro und holen damit fast vollständig zur bislang größten Ausgabenkategorie auf. Die Zinszahlungen am Kreditmarkt bleiben demgegenüber mit rund 20 bis 45 Mrd. Euro deutlich kleiner. Besonders aufschlussreich ist der Vergleich mit den ebenfalls politisch gestaltbaren Forschungsausgaben¹: Sie liegen auf einem wesentlich niedrigeren Niveau und sind seit 2022 weitgehend konstant geblieben. Anders als Rentenzuschüsse oder Zinszahlungen, die sich aus gesetzlichen Ansprüchen beziehungsweise bestehenden Schuldverträgen ergeben und kurzfristig kaum veränderbar sind, können sowohl Verteidigungs- als auch Forschungsausgaben politisch stärker gestaltet werden. Der große finanzielle Gestaltungsspielraum liegt derzeit jedoch klar bei der Verteidigung. Diesen außergewöhnlichen finanziellen Gestaltungsspielraum gilt es nun klug zu nutzen: Die zusätzlichen Mittel müssen so eingesetzt werden, dass sie nicht in höheren Preisen und ineffizienten Strukturen verpuffen, sondern nachhaltig die militärische Handlungsfähigkeit und die wirtschaftliche Stärke Deutschlands und Europas erhöhen.

Abbildung 3: Verteidigungsausgaben im Vergleich zu anderen Haushaltsposten, 2022–2027



Anmerkung: IST: 2022-2025; SOLL: 2026/2027. Zuschüsse zur Rentenversicherung (Kapitel 1102), Verteidigungsausgaben (Einzelplan 14 und Sondervermögen Bundeswehr), Zinsausgaben an Kreditmarkt (Obergruppe 57, nur Kernhaushalt), F&E außerhalb der Hochschulen (Funktion 16, nur Kernhaushalt). Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Haushaltsdaten.

¹ Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen, ohne wehrtechnische Forschung (Funktion 16)

2 Militärische Beschaffung

2.1 Der am stärksten wachsende Ausgabenposten

Innerhalb des Verteidigungshaushalts verschiebt sich das Gewicht bis zum Haushaltsentwurf 2027 deutlich zugunsten der militärischen Beschaffung (Abbildung 4): Ihr Anteil an den Gesamtausgaben nach Gruppierungsplan steigt von rund 17 Prozent im Jahr 2022 auf einen Höchststand von rund 45 Prozent im Jahr 2026 und liegt 2027 bei rund 43 Prozent, bzw. etwa 60 Mrd. Euro. Im gleichen Zeitraum sinkt der Anteil der Personalausgaben von rund 40 auf rund 21 Prozent. Der sinkende Anteil der Personalausgaben ist dabei nicht auf schrumpfende Truppenstärke zurückzuführen: Auch die Zahl der aktiven Soldatinnen und Soldaten soll wachsen, wenn auch deutlich langsamer als die Beschaffungsausgaben. Ende 2025 lag sie bei rund 184.200; bis 2027 sieht der gesetzliche Aufwuchspfad einen Korridor von 190.000 bis 193.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten vor, ein geplanter Zuwachs gegenüber Ende 2025 von lediglich 5.800 bis 8.800 Personen beziehungsweise 3,1 bis 4,8 Prozent. Zum Vergleich: Bis 2035 sieht derselbe Pfad einen Anstieg auf 255.000 bis 270.000 aktive Soldatinnen und Soldaten vor. Die sonstigen wehrtechnischen Ausgaben² bleiben demgegenüber mit rund 20 Prozent nahezu konstant, während die sächlichen Verwaltungsausgaben von rund 17 auf 11 Prozent zurückgehen. Die Investitionsausgaben spielen trotz eines Anstiegs von rund 1 auf 5 Prozent weiterhin nur eine untergeordnete Rolle. Der Verteidigungshaushalt wird also nicht nur größer, sondern auch strukturell immer stärker ein Beschaffungshaushalt.

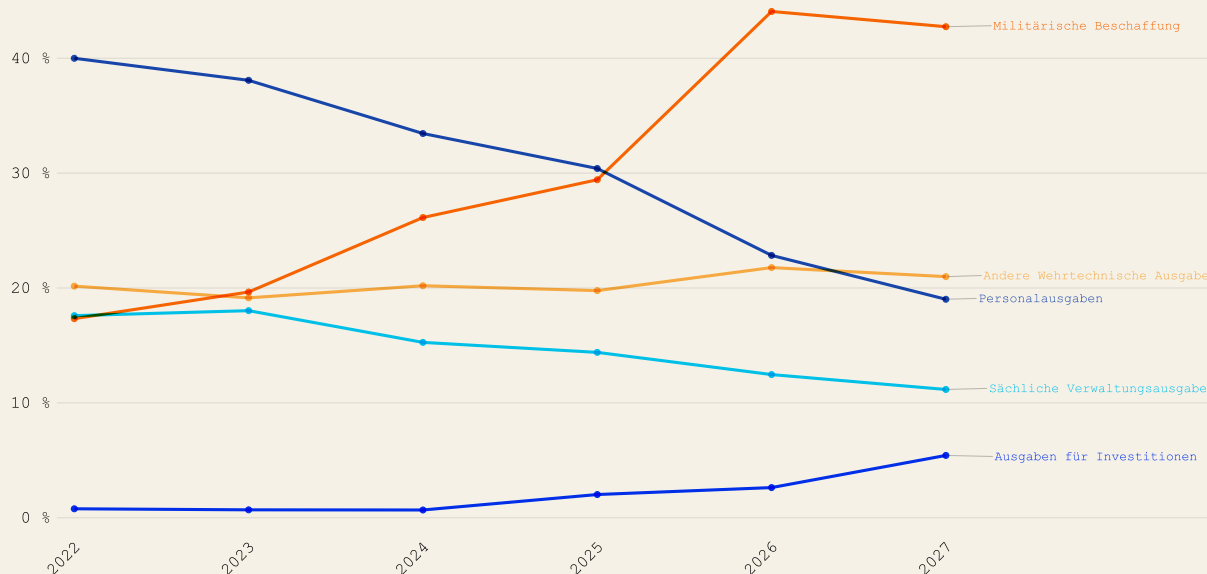
2.2 Die größten Beschaffungstitel

Tabelle 1 zeigt die Beschaffungstitel mit einem Volumen von mehr als 1 Mrd. Euro aus dem Einzelplan 14 und dem Sondervermögen der Bundeswehr für das Jahr 2027. Zusammengenommen entfallen auf diese 16 Positionen rund 50 Mrd. Euro. Bei einem gesamten Beschaffungsvolumen von rund 60 Mrd. Euro entspricht dies etwa 83 Prozent der militärischen Beschaffung im Haushaltsentwurf. Die Struktur dieser wenigen großen Titel prägt damit maßgeblich, wofür die Haushaltsmittel eingesetzt werden.

Auffällig ist, dass sich unter den größten Beschaffungstiteln kaum jene neuen Technologien finden, die das Gefechtsfeld in der Ukraine grundlegend verändert haben. Dazu zählen insbesondere Drohnen und andere unbemannte Systeme, zunehmend autonome Waffensysteme oder Systeme der Drohnenabwehr. Stattdessen entfallen die größten Positionen auf Munition sowie Feldzeug und Quartiermeistermaterial. Auch umfangreiche Programme wie die Digitalisierung landbasierter Operationen (D-LBO) oder Fernmeldematerial dienen in erster Linie der Digitalisierung und

² Obergruppe 55, ausgenommen 554 "Militärische Beschaffung" - beinhaltet "Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung", "Materialerhaltung", "Militärische Anlagen einschl. kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten", "Beiträge zu Beschaffungsvorhaben und zu Baumaßnahmen Dritter".

Abbildung 4: Anteile der Ausgabearten am Verteidigungshaushalt nach Gruppierungsplan, 2022–2027



Anmerkung: IST: 2022–2025; SOLL: 2026/2027. Anteil ausgewählter Ausgabekategorien am Gesamtvolumen EP14 inkl. Sondervermögen. Kategorien folgen den Obergruppen des Gruppierungsplan, ausgenommen "Militärische Beschaffung" (554) und "Andere Wehrtechnische Ausgaben" (Rest 55). Nicht dargestellt: Zinsen, Zuweisungen/Zuschüsse und Besondere Finanzierungsausgaben. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Haushaltsdaten.

Modernisierung bestehender Streitkräftestrukturen. Zwar können sich innerhalb dieser Sammelkategorien auch Ausgaben für neue Technologien, etwa autonome Systeme, verbergen. In der Struktur der größten Beschaffungstitel ist jedoch keine deutliche Verschiebung der Mittel hin zu den Technologien erkennbar, deren militärische Bedeutung der Krieg in der Ukraine demonstriert hat.

Dieser Befund fügt sich in das Gesamtbild der deutschen Rüstungsbeschaffung ein. Wolff, Binder und Morgan (2026) zeigen, dass Deutschland seine Beschaffung seit 2022 zwar massiv ausgeweitet hat, die zusätzlichen Aufträge jedoch weiterhin stark auf etablierte Waffensysteme und traditionelle Anbieter konzentriert sind. Der finanzielle Aufwuchs geht bislang nicht mit einer vergleichbaren technologischen Neuausrichtung einher. Deutschland beschafft also deutlich mehr, setzt bei der Verwendung der zusätzlichen Mittel bislang aber nur begrenzt auf jene neuen Technologien, die die moderne Kriegsführung zunehmend prägen.

Daneben fällt bei einzelnen strategischen Fähigkeiten auf, dass weiterhin nationale Lösungen verfolgt werden, obwohl eine europäische Bündelung erhebliche Skalenvorteile ermöglichen könnte. Ein Beispiel ist die Satellitenkommunikation der Bundeswehr (SATCOMBw), für die mehr als 2 Mrd. Euro vorgesehen sind. Gerade bei solchen sogenannten *Strategic Enablers* stellt sich die Frage, warum Fähigkeiten nicht stärker gemeinsam mit europäischen Partnern entwickelt, beschafft und betrieben werden. Eine Bündelung der Nachfrage könnte Entwicklungs- und Beschaffungskosten

auf mehrere Staaten verteilen, Skaleneffekte schaffen und zugleich Europas strategische Autonomie stärken (vgl. Fürstenberg u. a. (2026)).

Tabelle 1: Größte Beschaffungstitel (in Mrd. Euro)

Kategorie	EP 14	Sondervermögen	Summe
Munition	7,70	1,95	9,65
Feldzeug und Quartiermeistermaterial	3,83	2,15	5,97
Kampffahrzeuge	3,72	1,05	4,77
Fahrzeuge für die Streitkräfte	3,52	0,87	4,39
Digitalisierung landbasierter Operationen (D-LBO)	0,71	2,58	3,29
Fernmeldematerial	2,07	1,19	3,26
Flugzeuge, Flugkörper, Flugrettungs-, Sicherheits- und sonstiges flugtechnisches Gerät	1,42	1,71	3,13
Taktisches Weitverkehrsnetz (TAWAN)	1,92	0,61	2,53
Schiffe, Boote und sonstiges Marinegerät	0,95	1,42	2,37
Satellitenkommunikation der Bundeswehr (SATCOMBw)	1,55	0,60	2,15
Eurofighter	0,28	1,54	1,82
F-35	0,00	1,74	1,74
A400M	0,07	1,46	1,52
Fregatte F126	0,02	1,34	1,35
Schwerer Waffenträger Infanterie	0,78	0,42	1,20
Schwerer Transporthubschrauber	0,01	1,11	1,12

3 Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Forschung und Entwicklung (F&E) ist jener Bereich des Verteidigungshaushalts, der am stärksten in die Zukunft wirkt. Gerade in einer Phase stark steigender Verteidigungsausgaben droht er jedoch zwischen den großen Beschaffungsposten aus dem Blick zu geraten. Große Beschaffungsprojekte wie Panzer, Flugzeuge, Schiffe und Munition sind als konkrete Waffensysteme sichtbar und ihr Beitrag zu militärischen Fähigkeiten vergleichsweise unmittelbar nachvollziehbar. Die Erträge von F&E-Ausgaben sind dagegen unsicherer, weniger greifbar und werden häufig erst Jahre später sichtbar. Im Wettbewerb um knappe Haushaltsmittel droht F&E deshalb gegenüber konkreten Beschaffungsvorhaben ins Hintertreffen zu geraten. Zwei Argumente sprechen dafür, F&E-Ausgaben besonders zu priorisieren.

Erstens ist technologischer Vorsprung eine der wenigen Stellschrauben, mit denen kleinere und mittlere Mächte, Deutschland eingeschlossen, strategisch relevant bleiben können. Wer bei neuen Waffensystemen technologisch führt, verschiebt die militärische Balance zu seinen Gunsten, insbesondere wenn Innovationen finanziell und organisatorisch so aufwendig sind, dass sie sich nicht beliebig kopieren lassen (Horowitz, 2010). Wie schwer ein solcher Vorsprung tatsächlich aufzuholen ist, zeigt sich am Beispiel Chinas: Selbst mit erheblichen Investitionen in Imitation, Reverse Engineering und Cyber-Spionage gelingt es aufholenden Mächten nur langsam, den technologischen Abstand zu schließen, weil moderne Waffensysteme auf hochkomplexer, kaum kodifizierbarer Systemintegration beruhen (A. Gilli und M. Gilli, 2019). Der Vorsprung der USA wiederum lässt sich nicht allein mit höheren Verteidigungsausgaben erklären, sondern mit einem über Jahrzehnte gewachsenen

F&E-Ökosystem aus Streitkräften, Industrie und Wissenschaft, das kontinuierlich neue Innovationen hervorbringt (Gholz und Sapolsky, 2021). Für Deutschland heißt das: Wer im Verteidigungshaushalt Forschung und Entwicklung vernachlässigt, verzichtet auf genau den Hebel, der über die militärische Handlungsfähigkeit in der Zukunft entscheidet.

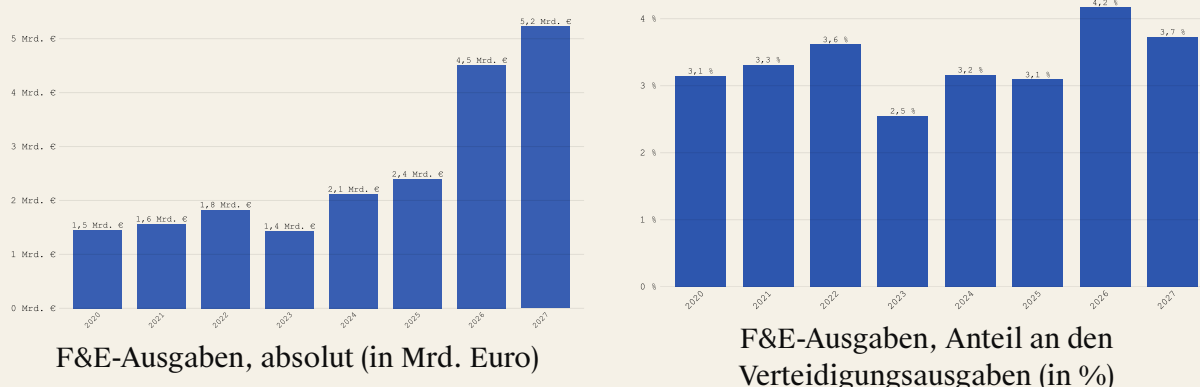
Zweitens zahlt sich öffentliche Verteidigungsforschung auch volkswirtschaftlich aus. Anders als oft unterstellt, verdrängt staatlich finanzierte F&E private Forschung nicht, sondern befördert sie: Ein Anstieg der öffentlichen (auch militärischen) F&E-Ausgaben um 10 Prozent geht mit einem Anstieg der privat finanzierten F&E um 5 bis 6 Prozent einher, mit messbaren Produktivitätsgewinnen und internationalen Spillover-Effekten (Moretti, Steinwender und Van Reenen, 2025). Diese Wachstumswirkung ist zudem langlebig: Eine Analyse US-amerikanischer Staatsausgaben über 125 Jahre zeigt, dass gerade der forschungsintensive Teil für die langfristigen Produktions- und Wachstumseffekte von Verteidigungsausgaben verantwortlich ist, deutlich mehr als klassische öffentliche Konsum- oder Investitionsausgaben (Antolin-Diaz und Surico, 2025). F&E-Ausgaben sind damit kein reiner Kostenfaktor der Verteidigungspolitik, sondern Industriepolitik mit Hebelwirkung.

In der deutschen Ausgabenstruktur spiegelt sich diese besondere Bedeutung von Forschung und Entwicklung bislang jedoch kaum wider. Absolut steigen die F&E-Ausgaben im Haushaltsentwurf³ zwar deutlich: von rund 1,5 Mrd. Euro im Jahr 2020 auf voraussichtlich ca. 5 Mrd. Euro im Jahr 2027 (Abbildung 5, links). Betrachtet man jedoch den F&E-Anteil an den gesamten Verteidigungsausgaben (Abbildung 5, rechts), verschwindet dieser scheinbare Trend: Der Anteil schwankt seit 2020 lediglich zwischen rund 2,5 Prozent (2023) und gut 4 Prozent (2026), ohne dass eine dauerhafte Verschiebung zugunsten des F&E-Anteils erkennbar wäre. Deutschland gibt also nicht etwa relativ mehr für die Zukunftsfähigkeit seiner Streitkräfte aus: Die zusätzlichen Milliarden wachsen im Wesentlichen im gleichen Tempo wie der übrige Verteidigungshaushalt.

Auch im internationalen Vergleich, etwa mit den USA und dem Vereinigten Königreich, fällt der deutsche F&E-Anteil an den Verteidigungsausgaben gering aus: Er liegt bei unter 4 Prozent, gegenüber rund 10 bis 11 Prozent in den USA und rund 5 Prozent im Vereinigten Königreich (Schularick und Binder, 2026). Würde man als Zielgröße vorschlagen, einen Anteil von 10 Prozent der Verteidigungsausgaben für Forschung und Entwicklung aufwenden (vergleichbar mit dem Anteil der USA), stünden im Haushaltsentwurf 2027 rund 14 Mrd. Euro statt der geplanten knapp 5 Mrd. Euro zur Verfügung. Allein die zusätzlichen rund 9 Mrd. Euro würden ausreichen, um zwei weitere Organisationen von der Größenordnung der Fraunhofer-Gesellschaft (Finanzvolumen 2024: rund 3,6 Mrd. Euro Fraunhofer-Gesellschaft (2025)) zu finanzieren, und es bliebe noch Geld übrig. Selbst ein deutlich bescheidenerer Aufwuchs auf das britische Niveau von rund 5 Prozent, ausgehend vom aktuellen deutschen Anteil, würde bereits zusätzliche Mittel von rund 1,8 Mrd. Euro bedeuten. Das entspricht etwa 80 Prozent des gesamten jährlichen Finanzvolumens der Leibniz-Gemeinschaft

³ Wir betrachten hier die Funktion 036. Die Werte aus der Titelgruppe 1404 sind deutlich niedriger.

Abbildung 5: F&E-Ausgaben im Verteidigungshaushalt, absolut und als Anteil an den gesamten Verteidigungsausgaben, 2020–2027



Anmerkung: IST: 2022–2025; SOLL: 2026/2027. F&E definiert über Funktion 036 („Wehrforschung und wehrtechnische Entwicklung“). Rechts: Anteil an Gesamtausgaben aus Einzelplan 14 und Sondervermögen Bundeswehr. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Haushaltsdaten.

(Leibniz-Gemeinschaft, [2025](#)).

Dass der Haushaltsentwurf 2027 F&E nicht stärker priorisiert, lässt sich nur auf den ersten Blick mit der eigenen Militärstrategie vereinbaren: Das Bundesministerium der Verteidigung plant den Aufbau “technologisch überlegener, innovativer Streitkräfte” erst als Fernziel der dritten von drei Phasen, mit einem Zeithorizont bis 2039 (Bundesministerium der Verteidigung, [2026](#)). Die zweite Phase bis 2035 zielt zunächst auf einen breiten Fähigkeitszuwachs entlang der NATO-Vorgaben, nicht primär auf neue Technologien.

Diese zeitliche Staffelung ist allerdings selbst nicht unumstritten. Angesichts des raschen technologischen Wandels der Kriegsführung stellt sich die Frage, ob Innovation tatsächlich als nachgelagerte Aufgabe betrachtet werden kann oder nicht vielmehr bereits den heutigen Fähigkeitsaufbau prägen muss. Damit bleibt fraglich, ob es strategisch sinnvoll ist, technologischer Überlegenheit erst in einer späteren Phase eine zentrale Rolle einzuräumen.

Doch selbst wenn man die Logik der Militärstrategie akzeptiert, bleibt die geringe Priorisierung von F&E im heutigen Haushalt erklärungsbedürftig. Wenn technologischer Vorsprung stark pfadabhängig ist und die dafür notwendigen finanziellen, industriellen und organisatorischen Kapazitäten über Jahre aufgebaut werden müssen (Horowitz, [2010](#); A. Gilli und M. Gilli, [2019](#)), lässt sich technologische Überlegenheit nicht erst dann herstellen, wenn sie strategisch benötigt wird. Ein später Fokus auf neue Technologien birgt vielmehr die Gefahr, dass sich bis dahin entstandene Rückstände nur noch mit erheblichem Aufwand oder gar nicht mehr schließen lassen. Eine Verteidigungsstrategie, die technologische Überlegenheit für die 2030er-Jahre anstrebt, sollte daher erklären, warum die Voraussetzungen dafür nicht bereits heute durch eine deutlich stärkere Priorisierung von Forschung und Entwicklung geschaffen

werden.

4 Fazit

Mit dem Haushaltsentwurf 2027 steigen die deutschen Verteidigungsausgaben deutlich, erreichen im historischen Vergleich jedoch kein beispielloses Niveau. Anders als der Zuschuss zur Rentenversicherung oder die Zinszahlungen ist dieser Haushaltsposten politisch gestaltbar. Die militärische Beschaffung ist dabei der mit Abstand größte und am schnellsten wachsende Ausgabenposten. Ihr Anteil an den Verteidigungsausgaben steigt im Haushaltsentwurf 2027 deutlich, während Personal- und Verwaltungsausgaben anteilig an Gewicht verlieren – trotz eines moderaten Aufwuchses der Truppe.

Doch am Ende ist die entscheidende Frage nicht, wieviel Geld ausgegeben wird, sondern was man dafür bekommt.

In der Struktur der größten Beschaffungstitel dominieren bislang etablierte Waffensysteme sowie Munition, Feldzeug und Quartiermeistermaterial, während Drohnen, andere unbemannte Systeme und autonome Waffensysteme eine vergleichsweise geringe Rolle spielen; der finanzielle Aufwuchs der Beschaffung geht damit bisher nur begrenzt mit einer technologischen Neuausrichtung einher. Auch bei strategisch bedeutsamen Fähigkeiten wie der Satellitenkommunikation der Bundeswehr setzt Deutschland bislang eher auf nationale Lösungen, obwohl eine europäische Bündelung der Nachfrage in solchen Bereichen Kosten teilen, Skaleneffekte schaffen und Europas strategische Autonomie stärken könnte. Und mit einem Anteil von unter 4 Prozent der Verteidigungsausgaben liegt der deutsche F&E-Anteil weiterhin deutlich unter dem Niveau des Vereinigten Königreichs oder der USA, obwohl technologischer Vorsprung gerade für kleinere und mittlere Mächte eine wichtige Stellschraube sein kann, um strategisch relevant zu bleiben, und öffentliche Verteidigungsforschung auch wirtschaftliche Wachstumseffekte mit sich bringen kann.

Die zentrale Aufgabe besteht nun darin, die bereitgestellten Mittel richtig einzusetzen. Das erfordert, industrielle Fertigungskapazitäten frühzeitig mitzudenken und gezielt auszubauen, damit die zusätzliche Nachfrage nicht schlicht in höhere Preise übersetzt wird, sondern tatsächlich in zusätzliche militärische Fähigkeiten und wirtschaftliche Wertschöpfung. Gelingt das nicht, drohen die Haushaltsmittel in Preissteigerungen und ineffizienten Strukturen zu verpuffen, statt Deutschlands Sicherheit und wirtschaftliche Stärke nachhaltig zu erhöhen.

Literatur

Antolin-Diaz, Juan und Paolo Surico (2025). „The Long-Run Effects of Government Spending“. In: *American Economic Review* 115.7, S. 2376–2413.

Bundesministerium der Verteidigung (2026). Deutschlands Militärstrategie. Vom 22. April 2026.

Fraunhofer-Gesellschaft (2025). Jahresbericht 2024. Letzter Zugriff: September 2026.

<https://www.fraunhofer.de/de/presse/presseinformationen/2025/juni-2025/vorstellung-des-fraunhofer-jahresberichts-2024.html>.

Fürstenberg, Jeannette zu u. a. (Mai 2026). Der Weg zu europäischer Verteidigungsautonomie: Ein Leitfaden zur Überwindung kritischer Abhängigkeiten. Techn. Ber. SPARTA 2.0. SPARTA -- Strategic Protection und Advanced Resilience Technology Alliance.

Gholz, Eugene und Harvey M. Sapolsky (2021). „The Defense Innovation Machine: Why the U.S. Will Remain on the Cutting Edge“. In: *Journal of Strategic Studies* 44.6, S. 854–872.

Gilli, Andrea und Mauro Gilli (2019). „Why China Has Not Caught Up Yet: Military-Technological Superiority and the Limits of Imitation, Reverse Engineering, and Cyber Espionage“. In: *International Security* 43.3, S. 141–189.

Horowitz, Michael C. (2010). *The Diffusion of Military Power: Causes and Consequences for International Politics*. Princeton University Press.

Ilzetzi, Ethan (2025). Guns and Growth: The Economic Consequences of Defense Buildups. Kiel Report 2. Kiel Institute for the World Economy.

Leibniz-Gemeinschaft (2025). Über die Leibniz-Gemeinschaft. Letzter Zugriff: September 2026.

<https://www.leibniz-gemeinschaft.de/ueber-uns/ueber-die-leibniz-gemeinschaft>.

Moretti, Enrico, Claudia Steinwender und John Van Reenen (2025). „The intellectual spoils of war? Defense R&D, productivity, and international spillovers“. In: *Review of Economics and Statistics* 107.1, S. 14–27.

Schularick, Moritz und Johannes Binder (2026). Time to Spend Smart: Ökonomische Leitlinien für kluge Verteidigungsausgaben. Kiel Policy Brief 204. Kiel Institute for the World Economy.

Stockholm International Peace Research Institute (2025). SIPRI Military Expenditure Database. Last visited: September 2026. <https://doi.org/10.55163/CQGC9685>.

Wolff, Guntram B., Johannes Binder und Thomas Morgan (2026). Leading in Spending, Lagging in Innovation: German Defence Procurement Compared to the UK and Poland. Kiel Report 8. Kiel Institute for the World Economy.

Impressum

Kiel Institut für Weltwirtschaft**Standort Kiel**

Kiellinie 66, 24105 Kiel

Telefon +49 431 8814-1

info@kielinstitut.de**Standort Berlin**

Chausseestraße 111, 10115 Berlin

Telefon +49 30 30830637-5

berlin@kielinstitut.de

**Das Kiel Institut für Weltwirtschaft –
Leibniz Zentrum zur Erforschung globa-
ler ökonomischer Herausforderungen**
ist eine rechtlich selbständige Stiftung
des öffentlichen Rechts des Landes
Schleswig-Holstein.

**Das Institut wird vertreten durch
den Vorstand:**

Prof. Dr. Moritz Schularick, Präsident,
Geschäftsführender Wissenschaftlicher
Direktor

Dr. Carola Braun, Geschäftsführende
Administrative Direktorin

Prof. Dr. Christoph Trebesch, Vize
Präsident

Zuständige Aufsichtsbehörde

Ministerium für Allgemeine und Beruf-
liche Bildung, Wissenschaft, Forschung
und Kultur des Landes Schleswig-
Holstein

Jensendamm 5, 24103 Kiel

Umsatzsteuer ID

DE 251899169

© 2026 Kiel Institut für Weltwirtschaft.
Alle Rechte reserviert.



[Kielinstitut.de/publikationen](https://kielinstitut.de/publikationen)

